

Ganz Israel protestiert weiter

Überall in Israel haben am Dienstag hunderttausende Menschen gegen die Justizreform und damit einhergehende Gesetzesänderungen protestiert. Am so genannten „Tag des Widerstands“ und der „Unterbrechung“ blockierten u.a. zwischen 10 und 15.000 Menschen den Ben Gurion Flughafen. Überall im Land wurden zeitweise Hauptverkehrsadern von Demonstranten besetzt. Abends gingen in Tel Aviv zehntausende von Menschen auf die Strasse.



Demonstranten in Tel Aviv am 11. Juli 2023 (Bild: KHC).

Die Polizei griff an mehreren Stellen mit unverhältnismässiger Gewalt ein. So wurden beispielsweise in Tel Aviv Demonstranten auf dem Gehweg von der berittenen Polizei angegriffen, in Haifa wurde ein Pressefotograf der Zeitung Haaretz festgenommen, mehrere Menschen wurden durch Wasserwerfer oder Pferde im Einsatz verletzt. Insgesamt wurden 77 Demonstranten festgenommen.

Die Demonstrationen, die seit nunmehr 28 Wochen stattfinden, hatten sich in dieser Woche wieder intensiviert. Das liegt auch daran, dass die israelische Regierung gerade dabei ist das Grundgesetz in Bezug auf richterliche Entscheidungen zur „Angemessenheit“ zu ändern. Die israelische Knesset stimmte am Montag für diesen Gesetzesentwurf der Regierungskoalition zur Überarbeitung der Justiz ab, der die Abschaffung des israelischen „Angemessenheitsstandards“ vorsieht, wodurch der Oberste Gerichtshof nicht mehr in der Lage wäre, Regierungsentscheidungen zu blockieren, die er für unangemessen hält.

Nach der ersten Abstimmung muss der Gesetzesentwurf noch im Verfassungs-, Rechts- und Justizausschuss der Knesset diskutiert werden, der am Dienstag tagt. Der Gesetzesentwurf muss zwei weitere Abstimmungen in der Knesset überstehen, um in Kraft treten zu können.



Unter den Demonstranten sind auch viele queere Israelis (Bild: KHC).

Gesundheitsministerium erschwert HIV-Vorsorge

Das israelische Gesundheitsministerium hat Beschränkungen für die Verschreibung von Präventivmedikamenten verhängt, die das Risiko einer Ansteckung mit dem HIV-Virus verringern können. Derzeit sind nach den Richtlinien der Pharmazeutischen Abteilung des Gesundheitsministeriums nur Ärzte, die eine spezielle Ausbildung absolviert haben, berechtigt, das HIV-Vorsorgemedikament PrEP zu verschreiben. Dabei handelt es sich aber um sehr wenig Ärzte, auf die das zutrifft, dabei ist die Behandlung aus medizinischer Sicht nicht besonders komplex und lässt sich leicht überwachen.

Die den Ärzten auferlegten Beschränkungen führen jedoch bei vielen Patienten zu Verzögerungen bei der Behandlung und tragen dazu bei, dass die Rate und die Zahl der Neuinfektionen weiter steigen. Um die Behandlung leichter zugänglich zu machen, sollte jeder Arzt einfachen und verfügbaren Zugang zu den grundlegenden Informationen für die Durchführung der PrEP haben. Viele marginalisierte Gruppen, darunter die arabische und die ultraorthodoxe Gemeinschaft, sehen sich besonders hohen Hürden gegenüber, wenn es um den Zugang zu und die Inanspruchnahme von Behandlungen geht. Auch für Transgender-Frauen ist es schwierig, eine Behandlung zu erhalten. Die meisten qualifizierten Gesundheitsdienstleister befinden sich im Zentrum Israels, was den Zugang zu einer Behandlung für Bewohner von Randstädten erschwert. Dies führt dazu, dass sich die Krankheit auch in Bevölkerungsgruppen ausbreitet, in denen HIV eigentlich nicht unbedingt verbreitet ist.

In Israel werden jedes Jahr etwa 400 neue Fälle diagnostiziert. AIDS-bedingte Todesfälle sind zwar selten und oft das Ergebnis einer späten Diagnose und fehlender Behandlung, aber die Krankheit ist immer noch präsent. Neben dem begrenzten Zugang zu wirksamen Präventivbehandlungen, gibt es weitere Probleme in der Herangehensweise an die Krankheit: Es gibt in Israel keine nationale Strategie zur AIDS-Bekämpfung, keine Leitlinien für Tests bei Risikogruppen und unzureichende Aufklärung über die Bedeutung von Verhütung für die Vermeidung von Geschlechtskrankheiten.



Keine Prävention, kaum Information: HIV wird in Israel nicht genügend behandelt (Bild: Pixabay).

Jerusalem will Dächer mehr nutzen

Auch in Jerusalem werden offene (Grün)-flächen immer seltener, die Stadt will deshalb die Nutzung von Dächern in der Stadt verstärken. Ob für die Erzeugung von Solarenergie, Gemeinschaftsaktivitäten oder um Grünflächen zu schaffen, die Menschen, Tieren und der Umwelt zugute kommen können – der Prozess soll neue Räume in der Hauptstadt schaffen.

Um Aktivitäten auf bestehenden Dächern in Gang zu bringen - die meisten Jerusalemer leben in Mehrfamilienhäusern, bei denen die Aufteilung des Eigentums an den Dächern problematisch sein kann - hat die Jerusalem Economic Development Company (EDEN) für die Stadt eine Ausschreibung über 370.000 NIS (ca. 91.000 Euro, 88.000 CHF) gestartet, um gemeinschaftliche Dachgärten in der Stadt anzulegen. Daneben werden individuelle Zuschüsse von bis zu 40.000 NIS (ca. 9.800 Euro, 9.500 CHF) angeboten.

„Wir müssen sehen, wie der Markt auf unser Zuschussangebot reagiert. Wir wollen den Puls fühlen und werden eine Ausweitung der Zuschüsse in Betracht ziehen, wenn Interesse besteht“, erklärt der Geschäftsführer von EDEN, Ido Hershkovitz. Ein erster Erfolg ist die Installierung von Solarpanels auf den Dächern von 130 öffentlichen Gebäuden.

Die NGO Muslala geht in dem Vorhaben ebenfalls mit gutem Beispiel und Engagement voran: Das 1.650 Quadratmeter grosse Freiluftdach von Muslala dient als Labor für eine Vielzahl von Nutzungen, darunter kulturelle Veranstaltungen wie Filmvorführungen, Freiluftaktivitäten für Schulkinder, Anbau von Lebensmitteln, Kultivierung verschiedener Pflanzenarten mit und ohne Bewässerung, Anlockung von Bestäubern und Förderung der biologischen Vielfalt durch Anpflanzung einheimischer Arten, Erzeugung erneuerbarer Energie und Absorption von Regenwasser, um Überschwemmungen zu verhindern.



Die Organisation Muslala organisiert auf ihrem Jerusalemer Dach Veranstaltungen für die ganze Stadt (Bild: Muslala Webseite)

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann Ciobotaru; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il; Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX